

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

145 (31.5.1913) 2. Blatt

Volkswirtschaftliche Beilage.

Der Stand der Arbeitslosenversicherung in deutschen Städten.

Das Reichsarbeitsblatt stellt alle auch nur versicherungsmäßig städtischen Einrichtungen zur Arbeitslosenversicherung, insbesondere die nach Gesetz auf gebauten, zusammen während es die reine Arbeitslosenunterstützung, auch wenn sie unabhängig von der Armenverwaltung und unter Mitwirkung der Gewerkschaften (z. B. Mainz, München) erfolgt, nicht berücksichtigt.

1. Es bestehen Arbeitslosenversicherungseinrichtungen in folgenden Städten (die beigefügten Jahreszahlen beziehen sich auf das Jahr der Errichtung): Berlin-Schöneberg 1910 (Zuschüsse an Verbände und Sparer), Köln 1896, umgestaltet 1911 (freiwillige Versicherungskasse und Rückversicherung von Verbänden), Erlangen 1909 (Zuschüsse an Verbände und reine Arbeitslosenunterstützung), Freiburg i. Br. 1910 (Zuschüsse an Verbände und freiwillige Versicherungskasse), Kaiserlautern 1912, 1913 (Zuschüsse an Verbände und freiwillige Versicherungskasse), Mannheim 1911, umgestaltet 1913 (Zuschüsse an Verbände und reine Arbeitslosenunterstützung), Mühlhausen i. E. 1909 (Zuschüsse an Verbände), Stuttgart 1912 (Zuschüsse an Verbände und Sparer).

2. In folgenden Städten wurde in den letzten Jahren die Einführung einer Arbeitslosenversicherung geplant oder erwogen, ohne daß bisher eine Entscheidung vorläge: Berlin (auch Groß-Berlin), Dresden, Düsseldorf, Essen, Eupen, Frankfurt a. M., Guben, Heidelberg, Kassel, Kolmar i. E., Mainz, München, Neufölln, Neumünster, Nürnberg, Pforzheim und Weihenstephan.

3. Anträge auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung wurden in den letzten Jahren von den städtischen Vertretungen abgelehnt in folgenden Städten: Berlin-Wilmersdorf, Braunschweig, Danzig, Eberfeld, Halle a. S., Hof, Kuppenheim, Kumbach, Regensburg, Spandau, Wiesbaden und Würzburg.

Vorbereitende Schritte oder Anträge der Stadtverwaltungen sind gescheitert in folgenden Städten: Augsburg, Charlottenburg, Duisburg, Solingen.

Es ist möglich, daß die Aufzählung in den einzelnen Gruppen nicht ganz vollständig ist, auch sind nach der Sozialen Praxis diejenigen Städte nicht angeführt (weil dem Kaiserlichen Statistischen Amt jedenfalls nur zum geringsten Teile bekannt geworden), in denen die Stadtverwaltungen Anträgen ausbleiben, insbesondere der Gewerkschaften, keinerlei Folge gegeben haben. Die Zahl der sich abzeichnend verhaltenden Städte ist angesichts der Jugend des ganzen Gedankens der Arbeitslosenversicherung und der Schwierigkeit ihrer Verwirklichung bisher naturgemäß viel größer als die derjenigen Städte, die die Versicherung in irgend einer Form eingeführt haben.

Landesversicherungsanstalt Baden im April 1913.

Im Monat April sind im ganzen 748 Rentengefuhde eingereicht worden, und zwar 597 Invaliden- bezw. Kranken-, 29 Alters-, 37 Witwen- bezw. Witwenrenten- und 85 Waisenrentengefuhde; bewilligt wurden 569 Renten, nämlich 424 Invaliden-, 32 Kranken-, 25 Alters-, 14 Witwen- sowie 74 Waisenrenten (für 185 Waisen). Es wurden 52 Invaliden-, 2 Alters-, 5 Witwen- und 3 Waisenrentengefuhde abgelehnt, während 561 Invaliden-, 12 Alters-, 33 Witwen- und 26 Waisenrentengefuhde unerledigt geblieben sind. Außerdem wurden im schiedsgerichtlichen Verfahren 7 Invaliden- und 1 Krankenrente zuerkannt. Bis Ende April sind im ganzen 87 324 Renten bewilligt bezw. zuerkannt worden (70 457 Invaliden-, 3970 Kranken-, 12 000 Alters-, 156 Witwen-, 1 Witwenrenten- und 680 Waisenrentenanträge für 1767 Waisen). Davon kamen wieder in den Bezirken 53 231 Renten (39 727 Invaliden-, 3596 Kranken-, 9872 Alters-, 2 Witwen- und 34 Waisenrenten), 127 Waisen sind aus dem Rentengefuhde ausgeschieden. Auf 1. Mai 1913 sind demnach 34 093 Renteneinpänger vorhanden (30 730 Invaliden-, 374 Kranken-, 2188 Alters-, 154 Witwen-, 1 Witwenrenten- und 646 Waisenrenteneinpänger für 1640 Waisen). Der Jahresbetrag für die im April bewilligten Renten berechnet sich, und zwar für 431 Invalidenrenten auf 84 725 M. 40 Pf., für 33 Krankenrenten auf 7050 M., für 25 Altersrenten auf 4480 M. 80 Pf., für 14 Witwenrenten auf 1095 M. und für 74 Waisenrenten auf 5911 M. 80 Pf., somit im Durchschnitt für 1 Invalidenrente 196 M. 58 Pf., für 1 Krankenrente 213 M. 64 Pf., für 1 Altersrente 179 M. 23 Pf., für 1 Witwenrente 78 M. 21 Pf. und für 1 Waisenrente 31 M. 96 Pf. An Wittwengeld wurden in 29 Fällen 2269 M. 20 Pf., an Waisenaussteuer in 2 Fällen 48 M. 80 Pf. bewilligt. Anwartschaftsbescheide wurden 6 erteilt.

Arbeiterwohnungsdarlehen wurden im April an 33 Verficaherte 158 330 M. zugefagt; ausbezahlt wurden an 51 Verficaherte 254 430 M. und an 1 Gemeinbe 10 500 M., ferner für 1 gemeinnützige Anhalt 30 000 M.

In ständiger Heilbehandlung befanden sich Ende April 750 Verficaherte (139 mehr als Ende März), darunter 584 (510) Lungentranke.

Gewerbebetrieb der Gefindevermieter und Stellenvermittler in Baden 1912.

Seit dem Jahr 1909 ist in Baden ein auffälliger Rückgang der gewerbemäßigen Stellenvermittlung zu beobachten. Von 187 im Jahre 1903 war die Zahl der Stellenvermittler und Gefindevermieter rasch und ununterbrochen gestiegen, bis auf 229 im Jahre 1908; von da an sank sie stetig, und zwar auf 216, 209, 150 und im Berichtsjahr auf 116; Ende des Jahres 1912 betrug sie nur noch 101. Der starke Rückgang ist eine Folge des am 1. Oktober 1910 in Kraft getretenen neuen Stellenvermittlergesetzes, das erhöhte Anforderungen an die Persönlichkeits- der gewerbemäßigen Stellenvermittler und ihre Geschäftsführung stellt. Insbesondere hat die Festsetzung der Vermittlungsgebühren durch den Bezirksrat, die fast durchgängig und zum Teil zu erheblichen Ermäßigungen führte, eine große Anzahl von Betrieben zum Verschwunden gebracht.

Obwohl die Listenführung dieser Gewerbebetriebe viel zu wünschen übrig läßt, kann man sich doch ein Bild aus ihren Angaben machen. Das Haupttätigkeitsgebiet der Gefindevermieter und Stellenvermittler war wie immer die Stellenvermittlung für weibliches Personal; 3523 vermittelten Stellen für männliches Personal, 18 363 für weibliches

gegenüber. Die Amtsbezirke Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Heidelberg hatten am Ende des Berichtsjahres mit zusammen 51 gewerbemäßigen Stellenvermittlern die Hälfte der Gesamtzahl des ganzen Landes aufzuweisen, während sich in den ländlichen Bezirken eine erheblich geringere Anzahl findet; in 22 Amtsbezirken wurden überhaupt keine gewerbemäßigen Gefindevermieter und Stellenvermittler mehr gezählt.

Im Laufe des Berichtsjahres sprachen bei diesen Geschäftstreibenden 33 160 Stellensuchende vor (gegen 39 070 im Jahr 1911); Arbeitskräfte wurden 32 930 verlangt (1911: 36 696) und 21 886 Arbeitsjungen (1911: 24 195) wurden Stellen vermittelt. Die Geschäftstätigkeit der Stellenvermittler ist demnach nicht in gleichem Maße zurückgegangen, wie ihre Zahl; sie ist wohl zum großen Teil auf Betriebe übergegangen, die sich zu halten vermochten. Das neue Gesetz hat zu einer starken Konzentration, insbesondere in den größeren Städten, geführt, wo man eben in der Lage ist, die erhöhten gesetzlichen Anforderungen und die Verabfolgung der Gebühren durch einen gezeigerten Geschäftsbetrieb auszugleichen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der Stellensuchenden um 5910, der verlangten Arbeitskräfte um 3766 und der vermittelten um 2309 abgenommen. Insbesondere lassen die einschlägigen Ziffern für weibliches Personal einen auffallenden Rückgang erkennen. Es hat bei diesen die Zahl der Stellensuchenden um 3792, der verlangten Arbeitskräfte um 2472 und der vermittelten Stellen um 1537 abgenommen, während die entsprechenden Zahlen für männliches Personal 2118 bezw. 1294 bezw. 772 lauten.

Badische Jubiläumsausstellung für Industrie, Handwerk und Kunst Karlsruhe 1915.

Die für das Jahr 1915 geplante Badische Jubiläumsausstellung soll einen Überblick über die gesamte heutige Leistung des badischen Landes auf dem Gebiete der Industrie und Kunst, des Gewerbes und Handwerks bieten. Insbesonder will sie die Entwicklung der einheimischen Gewerbe und Industrien, insbesondere seit der letzten Badischen Landesgewerbeausstellung im Jahre 1877, zur Darstellung bringen.

Um das angestrebte Ziel zu erreichen, soll durch Zusammenwirken aller beteiligten Erwerbsstände und Berufe ein umfassendes, möglichst lückenloses Bild der in Betracht kommenden Kulturgebiete des Landes geschaffen werden.

Während Maschinenbau und Verkehrswesen in besonderen Sallen, letzteres soweit erforderlich auch im Freien, untergebracht werden sollen, um eine Vorführung im praktischen Betriebe zu ermöglichen, sollen die übrigen Industrie- u. Gewerbezeugnisse in besonderen Gebäuden (Industrieallen) in nach Material und Bestimmung möglichst abgetheilten Gruppen vorgeführt werden. Das eigentliche Handwerk wird in einem besonderen Saale entsprechend den Namen zur Vorführung kommen.

In einer geschichtlichen Abteilung soll die historische Entwicklung des Handwerks und Gewerbes, besonders der für Baden charakteristische Gewerbebezirke, wenn auch nicht lückenlos, so doch in einer Anzahl von typischen Beispielen gezeigt werden. Daneben soll der allmähliche Ausbau von beherrschenden Einrichtungen zur Förderung des Gewerbes, von Fachschulen und dergleichen eine übersichtliche Veranschaulichung finden.

Eine besondere Abteilung wird der Kunst, und zwar zunächst der badischen sowie der deutschen Kunst, in gewissem Umfange auch der ausländischen Kunst eingeräumt. Daneben soll die sogenannte Volkskunst, welche die Eigenart der einzelnen Bezirke des Landes einst und jetzt zu zeigen geeignet ist, entsprechend berücksichtigt werden.

In allgemeinen Leitworten kurz zusammengefaßt soll sich die Ausstellung auf folgende Gebiete erstrecken: Industrie, Handwerk, Kunsthandwerk, Bau- und Ingenieurwesen, Maschinenwesen (auch mit Kraft- und Arbeitsmaschinen sowie Geräten für das Klein- und Landgewerbe), Elektrotechnik und chemische Industrie mit ihren mannigfachen Anwendungsgebieten. Werke der Malerei und Bildhauerkunst, der Baukunst, des Kunstgewerbes und der Volkskunst, Verkehrsweisen jeder Art (Eisenbahn, Post, Telegraphen- und Telephonbetrieb, Straßenverkehr, Luftfahrzeug), fahrgewerbliches und technisches Bildungswesen, endlich eine Übersicht über die Entwicklung der Stadt Karlsruhe und ihrer Erwerbsstände seit der Stadtgründung.

Volkswirtschaftliche Literatur.

Dr. J. Bornträger, Bewirkt die Geburtenbeschränkung eine Massenverbesserung? Verlag von L. Vogt & Co., Düsseldorf. 60 Pf. — Der Verfasser, dessen große Bekanntheit und Bekanntheit wir vor einiger Zeit in diesem Blatt eingehend besprochen haben und die uns trotz der mangelhaften Anmerkungen der von ihm beigegebenen Zahlen, die sie erfahren hat, doch wegen der sittlichen Bewertung der Erscheinung und ihrer Gründe noch immer höchst beachtenswert erscheint, läßt dieser eine kleine Ergänzung folgen. In dieser beleuchtet er die vielfach der Geburtenbeschränkung zugeschriebene Massenverbesserung nach verschiedenen Gesichtspunkten: Sterblichkeit, besonders Säuglingssterblichkeit, Tuberkulose, Nervensystem, Kriminalität, Prostitution, Selbstmorde, Militärtauglichkeit, um überall zum Ergebnis zu kommen, daß sich in den geburtenbeschränkenden Ländern eine Massenverbesserung in Wirklichkeit nirgends nachweisen läßt. Günstige Erscheinungen, wie der Rückgang der Sterblichkeit, hängen vielmehr mit anderen Gründen zusammen, als mit der Geburtenbeschränkung. Er befreit jede körperliche Wirkung der Geburtenbeschränkung auf die Masse und betont, daß eine Massenverbesserung vielmehr von der geistigen Verbesserung in der Aufzucht bewirkt werde, als von der entziffelnden Geburtenbeschränkung. Dr. J.

Volkswirtschaftliches Archiv, Zeitschrift für allgemeine und spezielle Wirtschaftslehre, herausgegeben von Dr. Bernhard Harms, v. Prof. an der Univ. Kiel. Verlag von Gustav Fischer-Jena. Preis für den Band von 45 Bogen 20 Mark. Jährlich erscheinen zwei Bände. Das vorliegende erste Heft bringt nicht nur eine Reihe von beachtenswerten Aufsätzen von Prof. Harms selbst und seinem Kieler Kollegen Dr. Tönnies, sondern auch von Thiel-Danzig, Dr. Felix Meier-Wellin u. a., worunter auch der Freiburg-Dr. Robert Liepmann vertreten ist. Dem allgemeinen Teil folgen Literaturbesprechungen und Anzeigen und eine überaus vielfach gehaltenen Chronik über Weltpolitik, internationalen Verkehr, international-

nale Kapitalanlagen und Kartelle. Eine große Anzahl von Mitarbeitern aller Länder, teilweise von bedeutenden Namen, bürgt für ebenso gehaltvolle Fortsetzung des neuen Unternehmens, das auf dem Gebiete wissenschaftlicher Erforschung der „Weltverkehrsgesellschaft“ eine schöne Aufgabe vor sich sieht. Nicht nur der Mann der Wissenschaft wird aber die neue Zeitschrift zu beachten haben, sondern auch der Praktiker, sei er Beamter oder Kaufmann. Dr. F. E. H. M. e. h.

Kleine Nachrichten.

oc. Der Krankenkassenverband Karlsruhe (Ortskrankenkassen) hat seinen Jahresbericht und die Zusammenstellung der Rechnungsergebnisse für das Jahr 1912 herausgegeben, welcher erkennen läßt, daß die Zahl der Erkrankungsfälle und der Krankentage gegenüber dem Vorjahr eine gewaltige Steigerung erfahren hat. Die Belastung der Kassen in finanzieller Richtung war dementsprechend wiederum eine größere und daher die Rechnungsergebnisse ungünstig. Nach Ablauf des ungünstigen ersten Quartals 1913 sah sich der Krankenkassenverband genötigt, einen Aufruf an die Kassenmitglieder zu richten, in welchem diese zu größter Sparsamkeit und einiger Zurückhaltung in der Benutzung der Kasse aufgefordert wurden. Gegenüber dem Vorjahr ist eine starke Mitgliederzunahme zu verzeichnen; sie beträgt bei den männlichen Mitgliedern 1 230 und bei den weiblichen Mitgliedern 501. Die Kassenbestände waren auch im abgelaufenen Jahre mit der Verwaltung betraut, die Geschäfte so zu führen und die gesetzlichen, sowie alle sonstigen in der Praxis zu beachtenden Vorschriften derart zu handhaben, daß Strafen wie Klagen (Beschwerden) und Ersatzpflichten nur in unumgänglichen Fällen anhängig gemacht wurden. Der Krankenkassenverband erstellte ein eigenes Verwaltungsgebäude mit einem Aufwand von rund 300 000 Mark. Die neuen Räume sollen bis spätestens 1. Juli 1913 bezogen werden.

Die dritte ordentliche Generalversammlung der Delag fand am Samstag, den 24. Mai, in Baden statt. Von 3000 waren 791 Aktien vertreten. Den Vorsitz führte Herr Geh. Kommerzienrat Dr. Ing. Ernst Schick-Düsseldorf. Der Geschäftsbericht und die Bilanz von 1912 wurden einstimmig genehmigt. Ebenso wurden dem Aufsichtsrat und dem Vorstande von den anwesenden Aktionären Entlassung erteilt. Zur Ergänzung mußten 5 Herren vom Aufsichtsrat durch Los ausgeschieden, die durch Affirmation einstimmig wiedergewählt wurden. Auf Vorschlag des Vorstandes wurde ferner an Stelle des verstorbenen Herrn L. Delbrück, Berlin, Herr Oberbürgermeister Beutler, Dresden, für den Aufsichtsrat neu hinzugewählt. Die Vorschläge des Aufsichtsrats und des Vorstandes wegen Sanierung der Delag und wegen Verrückung der Unterbilanz wurden einstimmig nach kurzer Debatte genehmigt und genehmigt. Die Durchführung der Transaktion ist aller Voraussicht nach gesichert. Nach Schluß der Generalversammlung fand noch eine Aufsichtsratsitzung statt.

Eine Deutsche Gesellschaft für angewandte Entomologie. Auf der diesjährigen Tagung der „Deutschen Zoologischen Gesellschaft“ vom 12. bis 15. Mai in Bremen, hat sich die „Deutsche Gesellschaft für angewandte Entomologie“ konstituiert. Die Gründung erfolgte auf Anregung von Prof. Dr. K. Gieseler-Tharandt, der im Anschluß an eine vor kurzem erschienene Reformschrift, in einem mit alseitiger Zustimmung aufgenommenen Vortrag auf die gänzlich unzulängliche Organisation der angewandten Entomologie in Deutschland hinwies. Diese Wissenschaft befaßt sich mit der Bekämpfung schädlicher Insekten und ist von großer Bedeutung für den nationalen Wohlstand, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Industrie usw., wie für die öffentliche Gesundheitspflege; sie hat bisher in anderen Ländern weit mehr Würdigung gefunden, als bei uns. Die neue Gesellschaft erstrebt daher vor allem: Die Durchführung einer zweckdienlichen staatlichen Organisation, kritische Sichtung des vorhandenen Stoffes aus dem Forschungsgebiet, Debung des Verständnisses im Volk, Wahrung des Ansehens der Vertreter in der Öffentlichkeit. Die Gesellschaft wird ihre Arbeiten möglichst in Verbindung mit der „Deutschen Zoologischen Gesellschaft“ durchführen. — In den Vereinigten Staaten und in Frankreich sind solche Vereinigungen seit Jahren mit Erfolg tätig. Näheren Aufschluß erteilen: Das Zoologische Institut der K. Forstakademie in Tharandt (Sachsen), die Zoologische Station der K. Versuchsanstalt in Neustadt a. d. Haardt, das Zoologische Museum in Berlin und das Tropenhygienische Institut in Hamburg.

Finanzieller Wochenrückblick.

Frankfurt, 29. Mai. Die schon in unserem vorigen Wochenrückblick bezeichneten beiden Momente: Konjunkturlosgen und Geldknappung brühten auch während des neuerdings durchlaufenen Zeitabschnitts dem Vorfengestalt ihre Signatur auf. Als symptomatisch für ein Nachlassen der guten Konjunktur verweist man auf das weitere Hinabgleiten der belgischen Eisenpreise, die Preisabwägungen am Stabelfenmarkt, die Ankündigung von Eisenpreiserhöhungen in Österreich und auf den Rückgang der Rohesfenpreise in Amerika. Im gleichen Sinne wurde auch die starke Herabsetzung der Zinspreise und das Nachlassen des Geschäftes am Rohesfenmarkt gedeutet. Demgegenüber wird andererseits geltend gemacht, daß zwar der Eisenmarkt momentan flau liegt, die großen deutschen Werke indes gegenwärtig noch reichlich mit Aufträgen versehen sind und die inneren Verhältnisse derselben so gut konsolidiert sind, daß selbst ein Konjunkturmchwung sich in den Erträgen derselben vorerst kaum geltend machen dürfte. Das Prolongationsgeschäft zog sich, dank der Zurückhaltung, welche sich die Spekulation in der letzteren Zeit auferlegt hatte, in normaler Weise, wobei der Schließungsfuß schließlich bis auf 5% Prozent zurückging. Im allgemeinen ist man sehr in bezug auf die weitere Gestaltung der Geldverhältnisse wieder etwas zuversichtlicher gestimmt, ohne sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß der Geldmarkt bei den andauernd hohen Ansprüchen, die durch die noch bevorstehenden größeren Staatsanleihen, durch die Emission von Kommunalobligationen und den weiteren Kapitalbedarf der Industrie an ihn gestellt werden, noch manche Belastungsprobe wick aushalten müssen. Die auswärtigen Börsen lagen auch recht schwach, da die Verzögerung des Friedensschlusses und die Gefahr eines neuen Konfliktes unter den Verbündeten selbst verstimmt. Aus Amerika kam die überraschende Meldung, daß die St. Louis- und San Francisco-Bahn unter Zwangsverwaltung kommen werde. Die hier marktgängigen 5prozentigen Bonds dieser Bahn

wurden daraufhin gestern gestrichen. Wie verlautet, arbeiten die hiesigen Interessenten eine ausführliche Darlegung der Verhältnisse bei der Bahn aus. Die großen Gläubiger, die im Zusammenhang mit der Lanenburger Affäre an der Berliner Börse vorgenommen wurden, blieben ohne tiefere Eindrücke, ein Beweis für die innere Widerstandskraft und gesunde Verfassung der deutschen Effektenmärkte. Nach Verlauf der Monatsabwicklung und Hand in Hand mit der besseren Beurteilung der Geldverhältnisse konnte sich bei Ausgang unserer Berichtsperiode eine etwas freundlichere Stimmung durchsetzen, die sich auf allen Hauptverkehrsgebieten geltend machte. Montanwerte, die vorübergehend recht

schwach lagen, konnten sich gut erholen. Keine Kauflust trat namentlich für Deutsch-Lugemburger auf, da der Geschäftsgang bei dem Unternehmen als ein guter bezeichnet wird. Auch für die Aktien der anderen großen Gemischtwerke erhielt sich gute Meinung. Banken lagen still und erhielten mäßige Kursrückgänge. Von Bahnen waren Canada Pacific im Zusammenhang mit Newhart und London stärker angeboten, ebenso Baltimore und Ohio, auf Meldungen, wonach die erwartete Zubilligung der Erhöhung der Frachtraten für die Eisenbahnen unterbleiben werde. Schiffahrtswerte drohten weiter ab, konnten sich aber schließlich wieder erholen. Renten waren nachgebend, besonders Walfanwerte, ebenso

Japaner und Chinesen, während sich mexikanische Werte erholen konnten. Der Kaffeindustrialmarkt wurde eine unangenehme Überraschung dadurch zuteil, daß die Preis- und Silberbrühe Braubach für das verfloßene Geschäftsjahr keine Dividende zur Verteilung bringt, während letztere im Vorjahr noch 8 Prozent betrug. Der Kurs wurde bei Bekanntwerden dieser Nachricht getrieben und stieg sich später auf 86 Prozent. Alle anderen Industrialwerte wichen sich im Zusammenhang mit der unangenehmeren Allgemein Stimmung Preisfunktionen gefallen lassen, indes zeigte sich auf dem gedeihlichen Kursniveau wieder größere Nachfrage zu anziehenden Preisen. Privatdiskont 5 1/2 Prozent.

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.

30. Mai 1913.

Deutsche Staatspapiere.

4. 1/2 % Reichsanleihe 1.7.14	99.10
4. 1/2 % do. 1.7.15	98.80
4. 1/2 % do. 1.7.16	98.70
4. 1/2 % do. 1.7.17	98.60
3. 1/2 % do. 1.7.18	98.50
3. 1/2 % do. 1.7.19	98.40
3. 1/2 % do. 1.7.20	98.30
3. 1/2 % do. 1.7.21	98.20
3. 1/2 % do. 1.7.22	98.10
3. 1/2 % do. 1.7.23	98.00
3. 1/2 % do. 1.7.24	97.90
3. 1/2 % do. 1.7.25	97.80
3. 1/2 % do. 1.7.26	97.70
3. 1/2 % do. 1.7.27	97.60
3. 1/2 % do. 1.7.28	97.50
3. 1/2 % do. 1.7.29	97.40
3. 1/2 % do. 1.7.30	97.30

3 1/2 % Bayer. Landesbankrente	99.00
4. 1/2 % do. 1.7.14	98.80
4. 1/2 % do. 1.7.15	98.70
4. 1/2 % do. 1.7.16	98.60
4. 1/2 % do. 1.7.17	98.50
4. 1/2 % do. 1.7.18	98.40
4. 1/2 % do. 1.7.19	98.30
4. 1/2 % do. 1.7.20	98.20
4. 1/2 % do. 1.7.21	98.10
4. 1/2 % do. 1.7.22	98.00
4. 1/2 % do. 1.7.23	97.90
4. 1/2 % do. 1.7.24	97.80
4. 1/2 % do. 1.7.25	97.70
4. 1/2 % do. 1.7.26	97.60
4. 1/2 % do. 1.7.27	97.50
4. 1/2 % do. 1.7.28	97.40
4. 1/2 % do. 1.7.29	97.30
4. 1/2 % do. 1.7.30	97.20

3 1/2 % Stadt Freiburg 1881 u. 81abg.	99.00
3 1/2 % do. 1882 u. 82abg.	98.80
3 1/2 % do. 1883 u. 83abg.	98.70
3 1/2 % do. 1884 u. 84abg.	98.60
3 1/2 % do. 1885 u. 85abg.	98.50
3 1/2 % do. 1886 u. 86abg.	98.40
3 1/2 % do. 1887 u. 87abg.	98.30
3 1/2 % do. 1888 u. 88abg.	98.20
3 1/2 % do. 1889 u. 89abg.	98.10
3 1/2 % do. 1890 u. 90abg.	98.00
3 1/2 % do. 1891 u. 91abg.	97.90
3 1/2 % do. 1892 u. 92abg.	97.80
3 1/2 % do. 1893 u. 93abg.	97.70
3 1/2 % do. 1894 u. 94abg.	97.60
3 1/2 % do. 1895 u. 95abg.	97.50
3 1/2 % do. 1896 u. 96abg.	97.40
3 1/2 % do. 1897 u. 97abg.	97.30
3 1/2 % do. 1898 u. 98abg.	97.20
3 1/2 % do. 1899 u. 99abg.	97.10
3 1/2 % do. 1900 u. 00abg.	97.00

Rheinische Hypothekenbank Mannheim.

Eingezahltes Aktienkapital M. 25 500 000.—
 Gesamtreserven (ausschließlich Vortrag) „ 29 176 181.31

Hypothekenbestand Ende 1912 M. 581 470 632.67
 Kommunal-Darlehen „ „ 14 703 704.91
 Pfandbriefumlauf „ „ 558 658 300.—
 Kommunal-Obligationenumlauf „ „ 9 204 500.—

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1912, sowie Zirkulare betreffend Kapitalanlage in unseren Pfandbriefen und Kommunalobligationen können von der Bank direkt oder von sämtlichen Pfandbriefverkaufsstellen gratis und franko bezogen werden. Unsere Aktien Pfandbriefe und Kommunalobligationen nehmen wir kostenlos in Verwahrung. Bank selbst und bei allen Banken und Bankiers erhältlich.

Dresdner Bank

Aktienkapital: 200 Millionen M. Reserven: 60 Millionen M.

Niederlassungen im Großherzogtum Baden:
Mannheim • Heidelberg • Freiburg i. B.

Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.

Rheinische Treuhand-Gesellschaft A.-G.

O 7, 26 Mannheim Teleph. 7155

Aktienkapital Mk. 1 500 000.—

Weitverzweigte Beziehungen zu ersten Finanzkreisen.

Bilanzprüfungen, Buchhaltungs- u. Betriebs-Organisationen, Liquidationen, Sanierungen, Vermögens-Verwaltungen, Seriose Gründungen, Gutachten in Steuer- und Auseinandersetzungsachen, eingehende Beratung in Beteiligungs-Angelegenheiten. Unbedingte Verschwiegenheit.

Gürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit

M.480.2 Emmendingen. Der Hofbauer Friedrich Bühler in Freiamt-Mühlbach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Kramer hier, klagt gegen den Knecht August Kern, zuletzt an unbekanntem Orten, unter der Behauptung, daß ihm der Beklagte aus Darlehen und Schadenersatz für vertragswidriges Verlassen des Dienstverhältnisses 437 M. 50 Pf. schulde, mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung von 437 M. 50 Pf. und Tragung der Kosten des Rechtsstreits.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor dem Großh. Amtsgericht zu Emmendingen wird der Beklagte auf

Montag den 7. Juli 1913, vormittags 9 Uhr, geladen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Emmendingen, 17. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

Groß-Landgerichts zu Konstanz auf

Mittwoch den 17. Sept. 1913, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt vertreten zu lassen.

Konstanz, 28. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Landgerichts.

M.547.2.1 Konstanz. Der Peter Raier, Kermacher in Stodach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Wittler in Stodach, klagt gegen seine Ehefrau Marie geborene Strobel, früher zu Binningen, St. Gallen, Schweiz, unter der Behauptung, daß die Beklagte, mit welcher er sich am 23. Dezember 1892 verehelicht habe, am 6. September 1905 ihn verlassen habe und seitdem mit einem Arbeiter Albert Rüttig in ehebrecherischem Verhältnis — zuerst in der Schweiz — zusammen lebe, mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe aus Verstoß — Ehebruch — der Beklagten, eventuell nach § 1568 WGB, unter Kostenfolge für die Beklagte.

Der Kläger ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Konstanz auf

Freitag den 19. Sept. 1913, vormittags 8 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Konstanz, 21. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

M.444.2 Mannheim. Die Firma Louis Runge in Mannheim, vertreten durch die Rechtsanwälte Dr. Koeniger und Dr. v. Lufka in Mannheim, klagt gegen den Lucien Meli, Eisenhandlung, früher zu Löhlaburg i. L., jetzt an unbekanntem Orten, auf Grund der Behauptung, daß der Beklagte aus Warenkauf 495 M. 65 Pf. schulde und daß Mannheim als Gerichtsstand vereinbart sei, mit dem Antrage auf kostenfällige gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbare Verurteilung zur Zahlung von 495 M. 65 Pf. nebst 5 Proz. Zinsen vom Klagezustellungstage an.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Großh. Amtsgericht Mannheim auf

Mittwoch den 23. Juli 1913, vormittags 9 Uhr, 2. Stod, Zimmer 111, geladen.

Die Sache ist als Ferienfache erklärt.

Mannheim, 21. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts S. 7.

M.551.2.1 Oettersh. Rechtsanwalt Otto Grumböcker zu Karlsruhe klagt gegen Frau Gabriele von Schauenburg, früher zu Oettersh., unter der Behauptung, daß sie ihm aus Dienstvertrag v. J. 1910—1912 den Betrag von reifl. 200 M. und 9 M. 10 Pf. Kosten des Mahnverfahrens schulde, mit dem Antrage auf kostenfällige Verurteilung zur Zahlung von 209 M. 10 Pf. und 4 Proz. Zins seit dem Klagezustellungstage.

Die Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Großh. Amtsgericht zu Oettersh. auf

Donnerstag, 10. Juli 1913, vormittags 8 1/2 Uhr, geladen.

Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Oettersh., 28. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

M.548.2.1 Offenburg. In Sachen des Ersten Staatsanwalts am Landgericht Offenburg, Klägers, gegen 1) Hermann Spinner, Bierbrauer aus Schapbach, zuletzt in der kantonalen Strafanstalt in St. Gallen, 2) dessen Ehefrau, Elise Maria geb. Bernharbi aus Medelsau, zuletzt in Herisau (Bielens Nr. 852), 3) Anton Appenzell, Beklagte, wegen Nichterklärungs einer Ehe.

Der Großh. Erste Staatsanwalt ladet den beklagten Ehemann zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die zweite Zivilkammer des Großh. Landgerichts zu Offenburg auf

Freitag den 4. Juni 1913, vormittags 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen beim Prozeßgericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.

Offenburg, 23. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Landgerichts Offenburg.

M.510. Bruchsal. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Zigarettenfabrikanten August Basse in Bruchsal ist zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen Termin bestimmt auf

Montag den 9. Juni 1913, vormittags 11 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht I, Zimmer Nr. 9, 2. Stod. Bruchsal, 24. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

M.518. Durlach. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des verstorbenen Handelsmanns Moses Daube in Königsbach ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin bestimmt auf

Freitag den 20. Juni 1913, nachmittags 3 1/2 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Durlach, 2. Stod, Zimmer Nr. 28.

Durlach, 26. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

M.545. Konstanz. Zur Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Emil Fein, Inhaber Harry Meyer

in Konstanz, ist auf Antrag einer Anzahl von Gläubigern zur Beschlußfassung über die Anträge 1) ob der bisherige Konkursverwalter zu entlassen sei, 2) ob die Wahl der Mitglieder des Gläubigerausschusses zu widerrufen sei, eine Gläubiger-versammlung auf

Donnerstag, 19. Juni 1913, vormittags 9 Uhr, in Zimmer Nr. 38 des diesf. Amtsgerichts einberufen.

Konstanz, 25. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

M.520. Mannheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Sigmund Jenst, Schuhmacher hier, wurde, nachdem der Zwangsvergleich rechtskräftig ist, aufgehoben.

Mannheim, 26. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts S. 10.

M.522. Tribes. In Konkursverfahren über das Vermögen des Landwirts Primus Mark in Schönwald ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf

Dienstag den 10. Juni 1913, vormittags 10 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht I in Tribes, Zimmer Nr. 6, bestimmt.

Tribes, 26. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

M.523. Billingen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Hugo Fürst in Billingen wurde Termin zur Anberung der Gläubigerversammlung über die Einsetzung des Konkursverwalters, da eine den Kosten des Verfahrens entsprechende Masse nicht vorhanden ist, bestimmt auf

Sonntag den 7. Juni 1913, vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht hier.

Billingen, 27. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

M.557. Waldkirch. In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Schmiedemeisters Johann Georg Holzer von Oberriederbach ist der auf

Montag den 16. Juni 1913, nachmittags 3 Uhr, anberaumte Termin zur Abhaltung einer Gläubiger-versammlung und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen verlegt auf

Freitag den 13. Juni 1913, nachmittags 3 1/2 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Waldkirch, Zimmer Nr. 50. Waldkirch, 28. Mai 1913. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

Der hiedene Bekanntmachungen.

Hochbauarbeiten für die Herstellung eines Anbaues für ein Dienstzimmer und Barterraum, sowie Umbau der Bahnwartstation 104, freistehendes Abortgebäude, für den Bahnhauptausen (Wärterstation) in Grünlingen (Ordnungsarbeiten) zu vergeben: Graben, Maurer-, Steinbauer-, Zimmer-, Verputz-, Kleb-, Schloffer-, Glaser-, Schreiner-, Schieferbeder- und Anstreicherarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschreibungen auf Verlangen auf unserem Hochbauamt zur Einsicht, dort auch Abgabe der Angebotsordrücke, so lange Vorrat. Angebote verschlossen, portofrei und mit entsprechender Aufschrift, bis längstens Freitag den 20. Juni 1913, abends 5 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. M.384.2 Billingen, 20. Mai 1913. Großh. Bauinspektion.

Strofrchtspflege.

Labung.

M.552.3.2.1 Mosbach. Der am 14. Oktober 1886 in Heidelberg geborene, zuletzt in Mosbach wohnhafte ledige, evangelische Witt und Musikant der Kaserie Karl Fried-